

**Öffentliche Niederschrift über die
57. Sitzung des Kreis Ausschusses (11. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 22.04.2024 in Föhren.**

Beginn: **17:06** Uhr

Ende: **19:20** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter bis 18:48 Uhr (TOP14.1)

Herr Dirk Bootz

Herr Bernhard Henter

Herr Michael Holstein

Herr Dieter Klever

Frau Dr. Kathrin Meß

ab 17:17 Uhr (TOP 5)

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Markus Thul

bis 18:48 Uhr (TOP 14.1)

Herr Joachim Trösch

Herr Alfred Wirtz

Vertretung für Herrn Boris Bulitta

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Martin Alten

Herr Erster Kreisbeigeordneter Alfons

Rodens

Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder bis 18:34 Uhr (TOP 12)

Verwaltung

Frau Julia Bieck

Leiterin der Stabsstelle Kreisentwicklung
und Klimaschutz

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Norbert Etringer

Leiter der Abteilung 5 - Schulen und Bil-
dung

Herr Anton Gölle

Abteilung 5 - Schulen und Bildung

Herr Johannes Gräber

Leiter der Abteilung 6 - Finanzen und Be-
teiligungen

Frau Mira Hansch

Stabsstelle Kreisentwicklung und Klima-
schutz

Herr Paul Lippl

Stabsstelle Kreisentwicklung und Klima-
schutz

Herr Thomas Müller

Leiter Büro des Landrates

Herr Tobias Pauken
Herr Rolf Rauland
Frau Hannah Schmitz
Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Büro des Landrates - Sitzungsdienst
Leiter des Geschäftsbereichs IV
Büro des Landrates - Pressestelle
Leiter des Geschäftsbereichs III

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Boris Bulitta entschuldigt
Herr Markus Lehnen entschuldigt

Verwaltung

Herr Christoph Fuchs Leiter des Geschäftsbereichs V; entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung sowie die Gäste. Er stellt ferner die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Der **Landrat** schlägt vor, die heutige Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte der Einladung zu reduzieren:

- TOP 1.1 & 3.1 „K 98 – von der K 97 nach Geisfeld“

Der **Kreisausschuss** stimmt gemäß § 16 Abs. 3 GeschO i. V. m. § 27 Abs. 7 Nr. 2 LKO der Reduzierung der Tagesordnung einstimmig zu.

Ferner schlägt der **Landrat** vor, die heutige Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte zu erweitern:

- „Überführung der Honorararbeitsverhältnisse der Kreismusikschule Trier-Saarburg in Beschäftigungsverhältnisse gem. TVöD-VKA“
- „Außerplanmäßige Aufwendungen im Bereich der Kreismusik- und Kreisvolkshochschule“

Der **Kreisausschuss** stellt die Dringlichkeit fest und stimmt gemäß § 16 Abs. 2 GeschO i. V. m. § 27 Abs. 7 Nr. 1 LKO der Erweiterung der Tagesordnung einstimmig zu. Die beiden Tagesordnungspunkte werden fortan als neue Tagesordnungspunkte 10 und 11 geführt. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend der Erweiterung.

Es bestehen keine Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

3. **K 130 - Biebelhausen Richtung L 138, Wiltinger Brücke (freie Strecke)
Vorlage: 0107/2024/3**
4. **Auftragsvergabe zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen (Anblehnbügel) und Reparatursäulen; Vorlage: 0148/2024**
5. **Vergabeermächtigung für Beschaffungen über Rahmenvertrag im Bereich IT Schulen; Vorlage: 0149/2024**
6. **Vergabeermächtigung für Beschaffungen über Rahmenvertrag im Bereich IT Verwaltung; Vorlage: 0150/2024**
7. **Vergabeermächtigung für Beschaffung einer Firewall für das Netzwerk der Kreisverwaltung; Vorlage: 0151/2024**
8. **Förderung der Hebammenzentrale Trier; Vorlage: 0156/2024**
9. **Flucht und Asyl - zukünftige Ausgestaltung der sozialen Betreuung
Vorlage: 0157/2024**
10. **Überführung der Honorararbeitsverhältnisse der Kreismusikschule Trier-Saarburg in Beschäftigungsverhältnisse gem. TVöD VKA
Vorlage: 0123/2024/1**
11. **Außerplanmäßige Aufwendungen im Bereich der Kreismusik- und Kreisvolkshochschule; Vorlage: 0171/2024**
12. **Sachstandsbericht Klimaschutzkonzept; Vorlage: 0153/2024**
13. **Antrag auf Förderung eines Anschlussvorhabens Klimaschutzmanagement; Vorlage: 0154/2024**
14. **Informationen und Anfragen**
 - 14.1. **Information der Darstellung der Schulbauförderung (Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 08.04.2024)**
 - 14.2. **Information über die Rahmenbedingungen des Medizinstipendiums im Nachbarlandkreis Bitburg-Prüm (Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 08.04.2024); Vorlage: 0163/2024**

Öffentlicher Teil

3. K 130 - Biebelhausen Richtung L 138, Wiltinger Brücke (freie Strecke) Vorlage: 0107/2024/3

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Auftragsvergabe für die Erneuerung der K 130 zwischen Biebelhausen und der L 138 an die Fa. Backes, Tholey in Höhe von 638.674,18 € (Kreisanteil 622.760,76 €) zu. Außerdem wird der LBM Trier ermächtigt, für die Ausstattung der Strecke Aufträge bis zu einer Höhe von 50.000,- € zu vergeben.

4. Auftragsvergabe zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen (Anlehnbügel) und Reparatursäulen; Vorlage: 0148/2024

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen (Anlehnbügel) und Reparatursäulen an den gesamtgünstigsten Anbieter, die Firma Bauteam Hellerwald GmbH, Boppard, zur Gesamt-Angebotssumme von 614.781,77 Euro brutto zu vergeben.

5. Vergabeermächtigung für Beschaffungen über Rahmenvertrag im Bereich IT Schulen; Vorlage: 0149/2024

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt, dass Beschaffungen zur Weiterführung der Digitalisierung von Schulen, die auf Grundlage der in der Haushaltsmittelanmeldung für 2024 beantragten Mit-

tel und über Rahmenverträge des Landes erfolgen, ohne die für Aufträge ab einer Wertgrenze von 25.000 EUR vorgesehene Entscheidung des Kreisausschusses bzw. Bauausschusses vergeben werden können.

Der Landrat wird analog der Regelung gem. Vorlage 0228/2022 ermächtigt, diese Aufträge - im Rahmen der im Haushaltsjahr 2024 veranschlagten Mittel (1.263.900 EUR) - über Rahmenverträge des Landes zu erteilen.

Sofern eine Beschaffung über Rahmenverträge des Landes nicht möglich sein sollte, erfolgt die Vergabe mittels geeignetem Vergabeverfahren und unter der vorgesehenen Einbeziehung der Kreisgremien entsprechend der Dienstanweisung.

6. Vergabeermächtigung für Beschaffungen über Rahmenvertrag im Bereich IT Verwaltung; Vorlage: 0150/2024

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beschließt, dass Beschaffungen aus dem Bereich IT-Verwaltung auf Grundlage der in der Haushaltsmittelanmeldung für 2024 beantragten Mittel und über Rahmenverträge erfolgen, ohne dass die für Aufträge ab einer Wertgrenze von 25.000 € vorgesehenen Entscheidungen des Ausschusses vergeben werden können.

Der Landrat wird analog zur Regelung gemäß Vorlage 0228/2022 (Digitalpakt) ermächtigt, diese Aufträge – im Rahmen der im Haushaltsjahr 2024 veranschlagten Mittel (2.350.000 €) – über Rahmenverträge zu erteilen.

Sofern die Beschaffung über Rahmenverträge des Landes nicht möglich sein sollte, erfolgt die Vergabe mittels geeignetem Vergabeverfahren und unter Einbeziehung der vorgesehenen Kreisgremien gemäß der Dienstanweisung.

7. Vergabeermächtigung für Beschaffung einer Firewall für das Netzwerk der Kreisverwaltung; Vorlage: 0151/2024

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und ermächtigt den Landrat im Wege einer Eilentscheidung gemäß §42 LKO dazu, den Auftrag für die Ausschreibung der Firewall- und Sicherheitsprodukte an den wirtschaftlich günstigsten Bieter zu erteilen.

Die Höhe des Auftrags ist durch die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von 490.000 € begrenzt.

8. Förderung der Hebammenzentrale Trier; Vorlage: 0156/2024

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** verweist ergänzend auf die Beratung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Auf Rückfragen von den Kreisausschussmitgliedern **Nickels** (CDU) und **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt Geschäftsbereichsleiter **Christmann**, dass es sicherlich Kontakte ins benachbarte Saarland gebe, jedoch seien diese nicht formell geregelt. Die Zuständigkeit der Krankenkassen sei im SGB V festgehalten. Grundsätzlich gebe es keine Zuständigkeit des Landkreises in diesem Bereich.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die weitere Förderung der Hebammenzentrale Trier durch den Landkreis Trier-Saarburg für die Jahre 2025 bis 2028 in Höhe des bisherigen Umfangs (25% der anerkannten Personal- und Sachkosten).

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden Förderzusagen durch das Land Rheinland-Pfalz (Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit) zu 50 % und die Stadt Trier zu 25 %.

Dabei wird davon ausgegangen, dass es beim bisherigen Stundenumfang und aktuellen Eingruppierung der Mitarbeiterinnen bleibt.

**9. Flucht und Asyl - zukünftige Ausgestaltung der sozialen Betreuung
Vorlage: 0157/2024**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und es folgen weitere Ausführungen durch Geschäftsbereichsleiter **Christmann**.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) gibt an, dass die CDU-Kreistagsfraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Es solle jedoch im Sommer ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, um Doppelstrukturen mit anderen Akteuren zu vermeiden. Weitere Abstimmungen darüber könnten im Rahmen der Beratungen des Kreishaushaltes 2025 und dem dazugehörigen Stellenplan folgen.

Aus Sicht von Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) solle der Betreuungsschlüssel gesenkt werden.

Die heutige Vorlage sei die Konsequenz aus den letzten Wochen, so der Fraktionsvorsitzende **Holstein** (FWG). Die personelle und finanzielle Ausstattung der Maßnahmen müssten adäquat sein. Dennoch bleibe das Hauptproblem des fehlenden Wohnraums bestehen.

Den Ausführungen kann Kreisbeigeordneter **Alten** (CDU), auch aus Sicht eines lokalen Bündnisses aus Saarburg, zustimmen.

Landrat **Metzdorf** sagt auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) zu, im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung weitere Details zu Grundstücksangelegenheiten mitzuteilen.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Trösch** (BfB) und **Holstein** (FWG) sagt der **Landrat** zu, dass die Verwaltung einen Überblick über die Landeszuweisungen an die VG Hermeskeil und der Stadt Hermeskeil hinsichtlich der dortigen AfA nachreichen werde.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Die soziale Betreuung von Geflüchteten im Landkreis Trier-Saarburg soll, sofern diese in Gemeinschaftsunterkünften ab 40 Personen wohnen, für die ersten sechs Monate ihres Aufenthalts mit einem Betreuungsschlüssel von 1:120 erfolgen.

Die soziale Betreuung von Geflüchteten im Landkreis Trier-Saarburg, die nach ihrem Aufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften den Gemeinden zugewiesen werden, erfolgt kreisweit durch **8,0** Vollzeitkräfte, die anhand der dargestellten Auflistung den Verbandsgemeinden zugeordnet werden sollen. Sofern die Verbandsgemeinden die Aufgaben selbst wahrnehmen möchten, erhalten diese die Förderung, ansonsten sollen freie Träger beauftragt werden.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, im Herbst 2024 einen Vorschlag für ein mit den weiteren notwendigen Akteuren abgestimmtes Gesamtkonzept zur sozialen Betreuung von Geflüchteten vorzulegen.

10. **Überführung der Honorararbeitsverhältnisse der Kreismusikschule Trier-Saarburg in Beschäftigungsverhältnisse gem. TVöD VKA**
Vorlage: 0123/2024/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Nach weiteren Ausführungen durch Herrn **Gölle** und kurzen Anmerkungen von zwei Kreisausschussmitgliedern bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Überführung der bestehenden Honorararbeitsverhältnisse der Kreismusikschule Trier-Saarburg in Beschäftigungsverhältnisse gem. TVöD VKA zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Beratung durch den kommunalen Arbeitgeberverband die Verträge auszuarbeiten und abzuschließen.

Zur Umsetzung ist es notwendig, die entsprechenden Stellenanteile in den Stellenplan 2025 einzustellen.

11. **Außerplanmäßige Aufwendungen im Bereich der Kreismusik- und Kreisvolkshochschule; Vorlage: 0171/2024**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Nach weiteren Ergänzungen durch Abteilungsleiter **Gräber** und kurzen Anmerkungen von einem Kreisausschussmitglied bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine weiteren Fragen. Sodann fasst er den folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 694.000 Euro zu beschließen.

12. **Sachstandsbericht Klimaschutzkonzept; Vorlage: 0153/2024**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) gibt Stabsstellenleiterin **Bieck** an, dass es sich bei den Kerninhalten um eine erste Gliederung des Konzeptes handle und nicht um konkrete Maßnahmen. Sie sei nicht abschließend und könne ergänzt werden.

Im Folgenden stellen Herr **Lippl** und Frau **Hansch** die Gliederung des Klima-

schutzkonzeptes vor. Der Maßnahmenkatalog sei ein Prozess und noch nicht beschlossen. Künftig könne sich eine verwaltungsinterne Lenkungsgruppe über verschiedene Themenbereiche abstimmen und die Kreisgremien regelmäßig darüber informieren.

Nach einer kurzen Diskussion unter den **Kreisausschussmitgliedern**, insbesondere zur klimaschutzorientierten Verbesserung des ÖPNV im Landkreis Trier-Saarburg stellt der **Landrat** fest, dass es hinsichtlich des Klimaschutzkonzeptes offensichtlich noch erheblichen Beratungsbedarf innerhalb der Kreistagsfraktionen gebe.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Klimaschutzkonzept zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diesen mit den hier vorgelegten Kerninhalten beim Projektträger einzureichen.

13. Antrag auf Förderung eines Anschlussvorhabens Klimaschutzmanagement; Vorlage: 0154/2024

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Stabsstellenleiterin **Bieck** ergänzt, dass mit dem heutigen Beschluss ein nahtloser Übergang zum Anschlussvorhaben geschaffen werden solle.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zum Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement im Rahmen der Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, einen entsprechenden Förderantrag zu erstellen.

14. Informationen und Anfragen

14.1. Information der Darstellung der Schulbauförderung (Anfrage der CDU - Kreistagsfraktion vom 08.04.2024)

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Nach Beantwortung einer Rückfrage vom Fraktionsvorsitzenden **Henter**

(CDU) durch Geschäftsbereichsleiter **Rauland** nimmt der Kreisausschuss die Informationen zur Kenntnis.

14.2. Information über die Rahmenbedingungen des Medizinstipendiums im Nachbarlandkreis Bitburg-Prüm (Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 08.04.2024); Vorlage: 0163/2024

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) bittet um Prüfung durch die Geschäftsbereichsleitung der Kreisverwaltung hinsichtlich der Rechtslage bei Nichterfüllung des Vertrages trotz des gewährten Stipendiums. Ferner sei mit der ADD zu klären, ob es sich um eine freiwillige Aufgabe des Landkreises oder um den Bereich der Daseinsvorsorge handle.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) bittet um ein Prüfungsergebnis bis zum Herbst 2024 und welche weiteren Maßnahmen möglich seien.

Stabsstellenleiter **Müller** gibt zu bedenken, dass der Landkreis Trier-Saarburg aktuell nicht der einzig aktive Akteur in dieser Angelegenheit sei. Auch einzelne Kommunen seien hier tätig.

Landrat **Metzdorf** hält fest, dass die Verwaltung die rechtliche Prüfung der Rahmenbedingungen des Stipendiums vornehme und Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung führen werde. Zwischenzeitlich können die Kreistagsfraktionen weitere Maßnahmenvorschläge an die Verwaltung senden. Letztendlich könne hierzu ein Grundsatzbeschluss gefasst werden.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Informationen ohne weitere Fragen zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

(Stefan Metzdorf)

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)